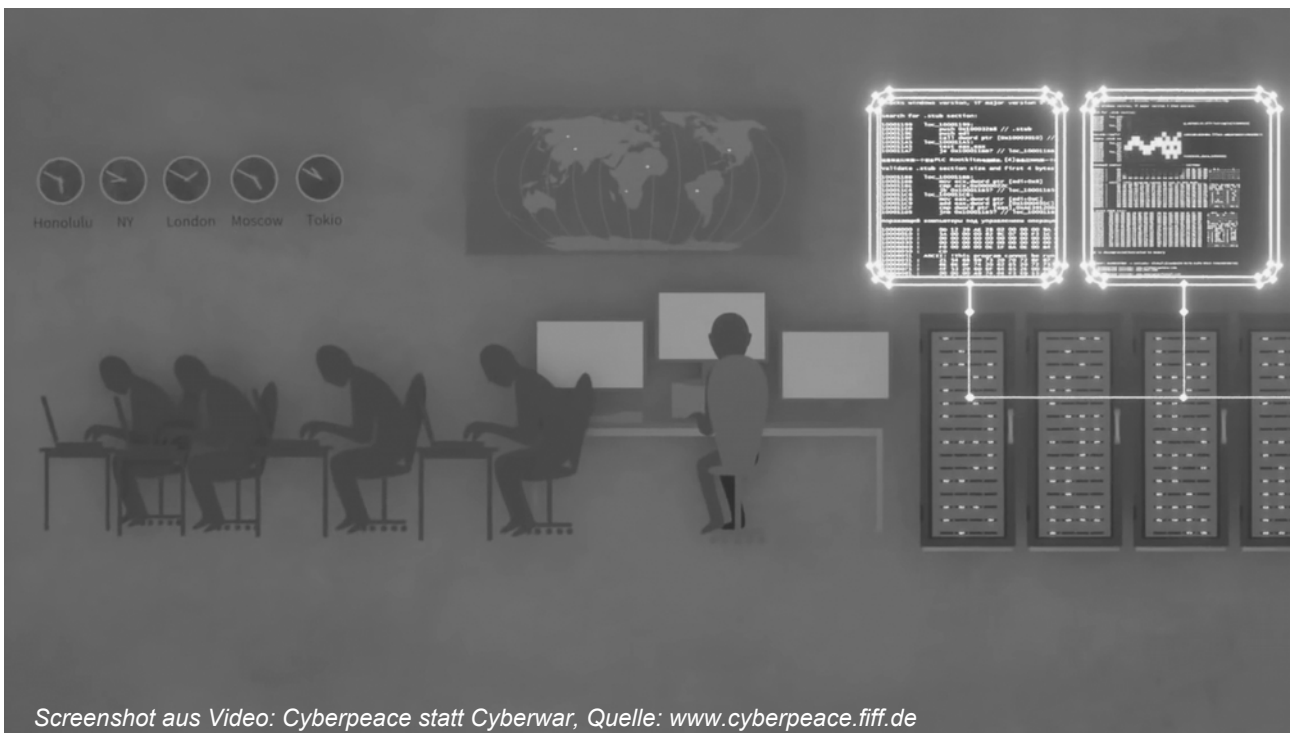


FRIEDENS JOURNAL



Medien und Manipulationen im Informationsraum



- Fake News und realer Krieg im Vergleich Aleppo und Mossul
- Welchen alternativen Medien kann man vertrauen?
- Der russische Nachrichtenkanal RT unter politischem Druck
- Cyberpeace: Grundrechte und friedliche Nutzung des Internets
- Kompendium der Medienkritik – für eigene Medienkompetenz
- Berichte vom 24. Friedensratschlag in Kassel



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Jan. - Feb. 2018/Nr. **1**

Inhalt

SCHWERPUNKT

Fake News und realer Krieg im Vergleich: Aleppo und Mossul	3
Welchen alternativen Medien kann man vertrauen?	6
Der russische Nachrichtenkanal RT unter politischem Druck	8
Cyberpeace: Grundrechte und friedliche Nutzung des Internets	10
Kompodium der Medienkritik – für eigene Medienkompetenz	14

FRIEDENSBEWEGUNG

Berichte vom 24. Friedensratschlag in Kassel	12
--	----

RUBRIKEN

Friedensnetz Baden-Württemberg	15
Termine der Friedensbewegung 2018	16
Clipart-Grafiken von „Abrüsten.jetzt!“	16

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21.12.2017

Die nächste Ausgabe erscheint am: 3.2.2018

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internetausgabe des Friedensjournals:
www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal
einschließlich digitalem Archiv ab 2010.

ISSN 2193-9233

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:
Hugo Braun, Christine Buchholz, Lühr Henken,
Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-
Saefkow, Horst Trapp, Ewald Ziegler,
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Kontoverbindung:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822

In eigener Sache:

Wir bitten die Leserinnen und Leser um Überweisung des jährlichen Soli-Beitrages von mindestens 15 €. Eine entsprechende Zahlkarte liegt in der Ausgabe für Abonnenten bei. Leserinnen und Leser aus Baden-Württemberg zahlen direkt beim Friedensnetz.

Medien und Manipulationen im Informationsraum

Liebe Leserinnen und Leser,

„Krieg im Informationsraum“ war der Titel des kürzlichen IMI-Kongresses in Tübingen. Der Titel dieser Ausgabe des Friedensjournals ist ähnlich und der erste Beitrag von Joachim Guilliard war sowohl auf dem IMI-Kongress wie auch bei unserem letzten Friedensratschlag mit einem Workshop vertreten. Der Gegenstand seines Beitrages ist im Prinzip nicht neu, wie er selbst mit seinem kurzen Hinweis auf klassische „Fake news“ ausführt. Allerdings hat das Ausmaß von Falschinformationen (Aleppo) an der einen Stelle und dem Verschweigen eines brutalen Krieges ohne Rücksicht auf zivile Opfer an anderer Stelle (Mossul) eine ganz neue und erschreckende Dimension erreicht.

Das wirft auch die Frage auf, wie wir mit den etablierten Medien einerseits (z.B. bei der Propaganda zu Aleppo) und alternativen Medien andererseits umgehen. Letztere werden zwar für uns immer wichtiger, jedoch gilt, dass nicht alles schlecht ist, was in den etablierten Medien berichtet wird und umgekehrt nicht alles gut ist, was in alternativen Medien zu lesen ist. Sabine Schiffer hat in ihrem Workshop beim letzten Friedensratschlag diese Frage sehr differenziert behandelt und weist in ihrem Beitrag auf einige Kriterien hin, die man im Umgang mit alternativen Medien beachten sollte.

Der Politikwissenschaftler Ulrich Teusch liefert in seinem Beitrag einige Antworten zu selbst gestellten Fragen zur Bewertung des russischen Nachrichtenkanals RT. Dessen Ableger RT Deutsch ist mittlerweile auch für die Friedensbewegung eine Informations-

quelle, die zunehmend von Friedensbewegten genutzt wird.

Unsere Buchbesprechung zu Jens Wernickes „Lügen die Medien?“ ergänzt die Beiträge über Manipulationen in den Medien.

Ein etwas anderes Thema, das aber mittlerweile sehr eng mit den digitalen Medien zusammen hängt, ist die Nutzung des Cyberspace für Überwachung, Manipulation und Einschleusung von Schadsoftware. Hier findet eine rasant zunehmende Militarisierung statt. Stefan Hügel und Dietrich Meyer-Ebrecht vom Forum InformatikerInnen für Frieden und Verantwortung (FifF) erläutern in ihrem Beitrag, worum es grundsätzlich dabei geht.

Beim jüngsten Kasseler Friedensratschlag konnten wir wieder die hohe Teilnehmerzahl der Vorjahre erreichen, was zeigt, dass wir in etwa 30 Einzelveranstaltungen bzw. Einzelbeiträgen die größtmögliche thematische Bandbreite der Friedensbewegung anbieten konnten.

Die für das neue Jahr 2018 bereits feststehenden Termine haben wir auf der letzten Seite zusammengestellt. Ansonsten bleibt uns nur noch, darauf zu verweisen, dass die am 6.11.2017 gestartete Kampagne „Abrüsten statt aufrüsten“ gut läuft und insbesondere auch in gewerkschaftlichen Kreisen regen Zuspruch findet.

Eine Abrüstungszeitung als Massenmaterial wurde bereits gut verteilt. Auf unserer letzten Seite sind einige Clipart-Grafiken aufgeführt, die für unsere Argumentation herangezogen werden sollen. Diese sollte – trotz der zunehmenden Bedeutung des digitalen Informationsraumes - immer noch in erster Linie auf der Straße stattfinden.

Die Redaktion

Aktuelle Infos über den Friedenspolitischen Ratschlag 2017 auf der Homepage www.friedensratschlag.de

Referatstexte u.a. von Anne Rieger, Wolfgang Lemb, Kai Ehlers, Ann Wright, Joachim Guilliard

Vortragsfolien u.a. von Prof. Dr. Mohssen Massart, Uli Cremer, Jacqueline Andres, Prof. Dr. Werner Ruf (Stand Redaktionsschluss)

mehrere Video-Mitschnitte, u.a. Karin Leukefeld

Berichte aus der Tageszeitung junge Welt, Sputniknews und von Claus Stille (siehe auch Seite 12 und 13)

Fake News und realer Krieg im Vergleich: Aleppo und Mossul

von Joachim Guilliard, Publizist, Heidelberg

Was sind „Fake News“?

„Fake News“ ist in letzter Zeit zum Top-Thema geworden, meist in Zusammenhang mit dem US-Präsidenten Trump, „den Russen“ und den sogenannten „Sozialen Medien“.

Die öffentlich rechtlichen Medien und die großen Medienkonzerne sind eifrig dabei mit Abteilungen für „Faktencheck“ dagegen zu halten.

Unter Fake News werden dabei meist nur frei erfundene oder stark verfälschte Nachrichten, also Falschmeldungen im engeren Sinne verstanden, die politisch motiviert und gezielt auf Täuschung angelegt sind. Sie werden zudem nur in den „Sozialen Medien“ verortet, sowie in den Nachrichtenportalen gegnerischer Staaten. Geht es nach dem politischen Mainstream, so könnte man „Fake News“ als die Falschmeldungen und Unwahrheiten definieren, die nicht von den etablierten Medien selbst verbreitet werden.

Nun steht es natürlich außer Frage, dass die „Sozialen Medien“ einen besonders guten Nährboden für „Fake News“ bilden, wo sie sich leicht säen und sehr schnell verbreiten lassen, bei Bedarf durch Computerprogramme, den sog. „Social Bots“ auch automatisiert.

Kriegslügen: Klassische Fake News

Wenn wir aber in der Geschichte zurückblicken, müssen wir feststellen, dass die Falschmeldungen, die die schlimmsten Schäden anrichteten, aus der Politik und etablierten Medien selbst kamen bzw. verbreitet wurden. Ein berühmt-berüchtigtes Beispiel dafür ist die sogenannte „Brutkasten-Lüge“, die von einer Werbeagentur kreierte Story über Babys, die irakische Soldaten 1990 in Kuwait aus Brutkästen gerissen hätten. Sie wurde damals von den meisten Medien weiter verbreitet und auch von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International. Sie trug damals maßgeblich dazu bei, die öffentliche Meinung in den USA zugunsten des ersten US-Krieges gegen den Irak zu drehen. Weitere berühmte

Beispiele sind die angeblichen Belege über irakische Massenvernichtungswaffen, die 2003 der damalige Außenminister Colin Powell dem UN-Sicherheitsrat vorlegte, oder die angeblichen Massaker im Kosovo und der „Hufeisenplan“, den Rudolf Scharping der jugoslawischen Regierung angedichtet hatte, um den NATO-Krieg gegen Jugoslawien zu rechtfertigen. Noch in Erinnerung sind sicherlich auch die Propagandameldungen über afrikanische Söldner und angeordnete Massengewalttaten in Libyen, mit der Stimmung für den Libyenkrieg gemacht wurde. Weit häufiger als mit eindeutigen Falschmeldungen wird jedoch mit sehr einseitigen oder stark übertreibenden Beiträgen versucht, die gewünschte Stimmung für ein politisches Anliegen zu schaffen. Auch wenn es nicht so gewertet wird und auch leicht abzustreiten ist, ist das Weglassen essentieller Teile einer Geschichte, die zum Verständnis und deren Einordnung nötig sind, letztlich ebenfalls Fake, d.h. eindeutige, klare Desinformation.

Aleppo und Mossul als Beispiel für Doppelmoral

Wie stark solche Desinformationen zur Durchsetzung herrschender Politik hierzulande eingesetzt werden, lässt sich sehr gut am Umgang von Politik und Medien mit den Kämpfen um Mossul und Aleppo zeigen. Beide zählen zu den schlimmsten Schlachten in jüngster Zeit. Sie stehen aber nicht nur als drastische Beispiele für die Brutalität der Kriege in Syrien und dem Irak, sondern auch für eine extreme Doppelmoral in ihrer Bewertung und für eine Berichterstattung, die weit mehr an den Interessen der herrschenden Kreise im eigenen Land, als am tatsächlichen Kriegsgeschehen in den betroffenen Ländern ausgerichtet sind.

Die Ausgangslage war in den beiden großen Metropolen ähnlich. Sowohl Ost-Aleppo wie ganz Mossul standen unter Kontrolle radikaler islamistischer Kräfte. Beide wurden von Regierungstruppen mit ausländischer Unterstützung belagert, bombardiert und

schließlich gestürmt. Die Darstellung von Politik und Medien hätte jedoch unterschiedlicher kaum sein können.

Die Schlacht um Mossul, wo sich nach Schätzung westlicher Geheimdienste 7.000-10.000 Dschihadisten des sogenannten „Islamischen Staat“ (IS oder arab. despektierlich Daesch) unter rund eineinhalb Millionen Einwohner verschanzt hatten, wurde durchgehend als Feldzug für die Befreiung begrüßt. Die Offensive zur Rückeroberung Ost-Aleppos hingegen, in dem noch 150.000-250.000 Bewohner verblieben waren, aus den Händen von rund 8.000 islamistischer Kämpfern, als ungerechtfertigter, grausamer, verbrecherischer Angriff auf die „Opposition“, die „Rebellen“ oder gar die gesamte Bevölkerung der Stadt verurteilt.

Den Charakter dieser „Opposition“ oder „Rebellen“ in Aleppo blendete man dabei völlig aus, wie auch ihr tatsächliches Verhältnis zur gesamten Bevölkerung der Stadt. Man ließ so den Eindruck entstehen, es handele sich bei ihnen um fortschrittliche Kräfte und bei den von ihnen kontrollierten Stadtviertel um ein Gebiet, das von der Mehrheit als „befreit“ angesehen würde. Ausgehend von diesem Narrativ, entwickelte sich die wohl größte Propagandaschlacht im Rahmen des Krieges in und gegen Syrien.

Aleppo: strategischer Wendepunkt im Syrien-Krieg

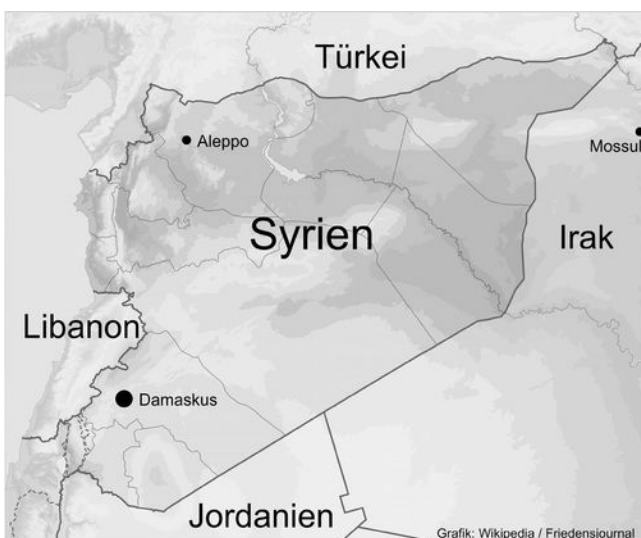
Der Hintergrund für das Getöse war die enorme strategische Bedeutung die der Kampf um die Hoheit über die zweitgrößte Stadt Syriens hatte. Wäre es den Milizen gelungen die gesamte Metropole unter Kontrolle zu bringen, hätte die „Regime Change“-Allianz eine gute Basis gehabt, den Krieg gegen die Assad-Regierung zu intensivieren. Die Stadt und das umgebende Gebiet bis zur türkischen Grenze hätten auch eine ausreichend gewichtige „befreite Zone“ gebildet, in der man eine Gegenregierung hätte installieren können, analog zu Bengasi in Libyen 2011.

Die Niederlage der dortigen Milizen hingegen, bedeutete faktisch das Ende

des Regime Change-Projektes und damit auch eine empfindliche Niederlage der NATO-Staaten und ihrer Verbündeten. Diese suchten daher den Preis für die syrische und russische Regierung so hoch wie möglich zu treiben, indem sie deren militärisches Vorgehen auf allen möglichen Ebenen skandalisierten. Mit Beginn der Offensive im September 2016 hatte die Berichterstattung im Westen nahezu einhellig nur noch den einen Tenor: Regierungstruppen und russische Luftwaffe lassen die Stadt in einem Inferno untergehen.

Aleppo wurde im Westen zum Inbegriff des Schreckens des Krieges in Syrien und für alle diejenigen, die ein direkteres Eingreifen des Westens wollten, zum Symbol für eine hilflose internationale Gemeinschaft.

Lauteten die Schlagzeilen zum Sturm auf Mossul „Die Offensive kommt schnell voran“, „die Befreiung steht bevor“ oder „Im Nordirak feiern die Menschen: der IS wird zurückgedrängt“, so titelte man über die syrische Offensive „Blut im grauen Staub Aleppos, Bilder an Grausamkeit nicht zu überbieten“ (Süddeutsche Zeitung), „Außenminister Steinmeier: „Die Bilder aus Aleppo sind an Grausamkeit kaum zu überbieten““ oder „Grünen-Chef Özdemir: „Assad und Putin bomben Syrien zurück in die Steinzeit““ (Spiegel Online).



Die US-Botschafterin Samantha Power verglich das Geschehen in Ost-Aleppo gar mit Ruanda und Srebrenica und übernahm dabei fast eins zu eins die Propaganda der Dschihadisten-Truppe Ahrar al Sham, die in ihren Me-

dien mit denselben Vergleichen um Unterstützung warb.

Oft wurde nicht einmal erwähnt, dass sich die Offensive nur auf den Ostteil richtet und so der Eindruck erweckt, die ganze Stadt stehe vor dem Untergang, wie einst im Zweiten Weltkrieg – so ein häufig verwendeter Vergleich – Dresden.

Dabei war es kein Geheimnis, dass die heroisierten Verteidiger überwiegend aus radikal islamistischen und dschihadistischen Milizen bestanden unter denen der syrische al-Qaida-Ableger, die in „Fatah asch-Scham“ umbenannte Al-Nusra Front, und Ahrar al Scham die dominierenden Kräfte waren. Gruppen also, die dem Daesch in Bezug auf reaktionäre islamistische Ideologie und Brutalität nicht viel nachstehen.

Im Unterschied zu hiesigen Medien sah wohl kaum ein Bewohner Aleppos die von den Islamisten und Dschihadisten beherrschten Viertel als befreites Gebiet an. Die Enklave entstand auch keineswegs in Folge eines Aufstands in der Stadt selbst. In Aleppo hatte es 2011 keine nennenswerten Proteste gegen die Regierung gegeben. Die zweitgrößte Stadt Syriens galt stets als Assad-Hochburg und blieb auch über ein Jahr lang von Unruhen verschont. Zum Verhängnis wurde ihr schließlich die Nähe zur Türkei. In der Grenzregion formierten sich die islamistischen Milizen und eroberten von dort aus den Osten der Stadt, bis zum Schluss über die nahe türkische Grenze gut versorgt. Das Gros der Bevölkerung der von ihnen besetzten Stadtteile flüchtete, die meisten in die von der Armee gehaltenen Viertel im Westen.

Die romantisierende Darstellung der Dschihadisten als Verteidiger der Freiheit einer ganzen Stadt führte dazu, dass Quellen aus ihrem Umkreis eine enorme Glaubwürdigkeit zugebilligt bekamen. Nicht nur bei den Medien, die ohnehin gerne bereit sind, alles dankend anzunehmen, das das gewünschte Bild unterfüttert, sondern auch bei Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch (HRW). Bei-

de führten umfangreiche Kampagnen zur De-Legitimierung der Assad-Regierung durch, die völlig auf den Informationen oppositioneller Organisationen beruhten.

Dieses führte beispielsweise dazu, dass HRW mehrfach Bilder zerstörter Gebäude und Straßenzüge zeigte, die die Auswirkungen von Fassbombenabwürfen demonstrieren sollten, die ganz woanders aufgenommen worden waren. Eines stammte z.B. aus dem kurdischen Kobani und eines sogar aus Gaza.

Professionelle PR-Arbeit

Natürlich ist die ansprechende, professionelle und erfolgreiche PR nicht allein das Werk der Milizen und verbündeter „zivilgesellschaftlicher Gruppen“. Innerhalb der NATO und der EU werden Maßnahmen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung auch offen diskutiert. Man gibt sich dort zwar meist defensiv und redet von „Gegenmaßnahmen im Informationskrieg“. Damit möchte man sich vor der Diskreditierung der eigenen Militäreinsätze schützen, damit vor allem nicht viel über zivile Opfer berichtet wird. Konkret benannt werden dabei aber auch Maßnahmen, um im „gegnerischen Informationsraum“, wie es im militärischen Neusprech heißt, „unabhängige Medienunternehmen, Denkfabriken und nichtstaatliche Organisationen, insbesondere in der Muttersprache der Zielgruppe“ zu unterstützen.

Allein das Pentagon leistet sich zudem eine Armee von 27.000 Beratern aus diversen PR-Agenturen, die sich einen Etat von über vier Milliarden US-Dollar teilen. Den bisher lukrativsten Auftrag konnte sich hier bisher die britische PR-Agentur Bell Pottinger ergattern, die 500 Millionen US-Dollar für gefälschte Propaganda-Videos des Terrornetzwerks Al-Qaida im Irak erhielt.

Auch der Einsatz von „Fake-News“ und „Fake Accounts“ in Sozialen Medien zur Manipulation der öffentlichen Meinung gehört offensichtlich mittlerweile zum Arsenal der Methoden von westlichen Geheimdiensten. So enthält das von Edward Snowden geleakte Material auch Originaldokumente über die Einheit Joint Threat Research Intel-

ligence Group (JTRIG) des britischen Geheimdienstes GCHQ, dem britischen Pendant zur NSA, in der das Einspeisen von Desinformationen in die Sozialen Medien beschrieben wird, u.a. auch um Gegner in Misskredit zu bringen.

Einseitigkeit ist Propaganda

Eine parteiische Herkunft von Meldungen ist natürlich kein Beweis dafür, dass sie falsch sind, aber ein guter Grund für starke Zweifel, der durch die vielen Fälle offensichtlicher Fakes noch verstärkt wird. Sofern es sich nicht um offenkundige Fälschungen handelt, ist es jedoch meist kaum möglich, ihre Echtheit zu prüfen. Dazu wären unabhängige Untersuchungen vor Ort nötig.

Doch selbst wenn ein Großteil der Berichte und Vorwürfe stimmen würde, kann man das Gros der Berichterstattung als Propaganda bezeichnen, da sie völlig einseitig bleibt und weit mehr auf Emotionen als auf Informationen ausgerichtet ist. Als Propaganda kann man auch die krasse Doppelmoral in Bezug auf die Berichte über Aleppo und Mossul bewerten, wo völlig konträre Maßstäbe angelegt wurden.

Kein Thema: Das reale Kriegsgeschehen in Aleppo

Verschwiegen wurde bei den vielen anklagenden Bildern über die Zerstörungen in Aleppo, dass ein erheblicher Teil der Schäden bereits im Sommer 2012, beim Eindringen der islamistischen Milizen nach Ostaleppo verursacht wurden. Die meisten neueren Schäden waren nach den Beobachtungen des schwedischen Konfliktforschers Jan Oberg, der die befreiten Gebiete nach Abzug der Milizen in Augenschein nahm und fotografierte, während der Straßenkämpfe entstanden. Er schätzt, dass – entgegen dem durch die Medien vermittelten Bild – höchsten 10 Prozent der Zerstörungen auf das Konto von Luftangriffen gehen.

Das Ende der Kämpfe bewegte bereits rund 500.000 aus Aleppo geflohenen Einwohner zur Rückkehr. Über 300.000 wechselten auch wieder in den Ostteil. Die Ruinen sind dort zwar noch allgegenwärtig, die Infrastruktur ist aber genügend wiederhergestellt, so dass sie mit der Instandsetzung ihrer Häuser und Wohnungen beginnen konnten.

Ebenso kein Thema: Was in Mossul geschah

Von einer so raschen Rückkehr können die früheren Bewohner des Westens Mossul nur träumen. Das Ausmaß der Verwüstung ist wesentlich größer als in Ost-Aleppo. Bis zu 80 Prozent des Westens von Mossul sind zerstört. Video-Aufnahmen und Fotos zeigen westlich des Tigris eine einzige Trümmerlandschaft.

Für diejenigen, die die Massivität der Angriffe auf die Millionenstadt verfolgte, erstaunt dieses nicht. Der Chef des für Europa und den Nahen Osten zuständige U.S. Central Command General Joseph Votel, bezeichnete den Sturm der Metropole als die größte und tödlichste urbane Schlacht seit dem Zweiten Weltkrieg. Nach Einschätzung der UNO stellt das Ausmaß der Zerstörungen jedenfalls alles Bisherige im Irak in den Schatten. Insgesamt wurden vermutlich Wohnungen für weit mehr als eine halbe Million Menschen zertrümmert.

Der größte Teil der Zerstörungen dürfte Berichten zufolge auf den Artillerie-Beschuss mit Mörser und Raketen durch die irakischen Truppen zurückzuführen sein, ein weiterer geht auch hier – wie in Aleppo – auf das Konto der Dschihadisten. Ein großer Teil der betroffenen Gebäude war aber, wie Aufnahmen der betroffenen Viertel zeigen, eindeutig durch Bombardierungen aus der Luft zerstört worden. Die US-geführte Allianz aus NATO-Staaten, Australien, Jordanien und Marokko hatten den Bodentruppen in den letzten Wochen den Weg Meter für Meter regelrecht freigebombt – ohne Rücksicht auf die Hunderttausende Bewohner, die in den dichten Stadtvierteln eingeschlossen waren. Viele konnten erst in den letzten Tagen aus dieser Hölle entkommen, insgesamt wurden im Laufe des fast neun Monate dauernden Angriffs über eine Million Menschen aus der Stadt getrieben.

Die Zahl der Opfer in Mossul ist schwer zu schätzen. Irakisch-kurdische Geheimdienste gehen von mindestens 40.000 Zivilisten aus. Einer Untersuchung der UN-Menschenrechtskommission zufolge wurde mindestens jeder vierte Zivilist, der bei den Kämpfen starb, durch Luftangriffe der US-geführ-

ten Koalition getötet. Während rund 200.000 Flüchtlinge aus dem bereits im Januar zurückeroberten und nicht so stark zerstörten Ostteil der Stadt mittlerweile zurückkehren konnten, sitzen noch über 750.000 Mossulaner in Zeltlagern fest – und das auf unbestimmte Zeit.

Zusammenfassung und Fazit

Vergleicht man die Kämpfe um Aleppo und Mossul so stellt man fest, dass bei der unterschiedlichen Beurteilung der Kriegsführung, die tatsächlichen Verhältnisse geradezu auf den Kopf gestellt wurden. Auch wenn die syrischen und russischen Streitkräfte sicherlich nicht sonderlich zurückhaltend vorgingen und selbstverständlich nicht alle Vorwürfe über Zerstörungen ziviler Einrichtungen, Propaganda sind, gingen sie, wie das Ausmaß der Verwüstungen zeigt, im Vergleich zur US-geführten Allianz und ihren irakischen Bodentruppen wesentlich rücksichtsvoller vor.

Im Gegensatz zur syrischen Regierung und ihren Verbündeten hatten die NATO-Staaten wesentlich mehr Möglichkeiten, ohne Angriffe auf ganze Städte den IS-Staat zu zerschlagen. Schließlich konnte sich dieser nur aus zwei Gründen in Mossul halten: die Feindschaft der örtlichen Bevölkerung gegenüber der Zentralregierung und der fortgesetzte Nachschub an Waffen, Ausrüstung und Kämpfern. Das erste ist ein politisches Problem, das durch Anerkennung der berechtigten Forderungen der Sunniten, nach mehr Autonomie und eine angemessene Repräsentation in der Regierung zu lösen wäre, wenn dafür genügend Druck auf Bagdad ausgeübt würde.

Da der Krieg in Syrien von außen befeuert wird, müssten die NATO-Staaten hier endlich die Regime Change-, Destabilisierungs- und Teilungspläne aufgeben und für ein Ende der Unterstützung und Aufrüstung dschihadistischer Milizen sorgen.

Die Komplettfassung des Beitrages mit Quellenangaben findet sich auf www.friedensratschlag.de.

Siehe auch die Blogseite: <http://jghd.twoday.net/stories/mossul-in-ruinen-konflikte-verschaerft/>

Welchen alternativen Medien kann man vertrauen?

von Dr. Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung

Sowohl das Aufklärungs- wie auch das Verwirrungspotential alternativer Online-Medien dürfen nicht unterschätzt werden. Dieses gilt unabhängig von kontrovers und häufig nicht konstruktiv geführten Debatten in der Friedensbewegung. Denn: Es gibt Usurpationsstrategien von Rechts, die erkannt und ernst genommen werden müssen. Was wiederum nicht heißt, dass jede(r), die/der aus dem Dunstkreis heraus interviewt, zitiert oder verlinkt wird, diese Strategien oder gar rechte Sichtweisen unterstützt. Oftmals wird aber unterschätzt, welches Potential der Kontamination solche Vereinnahmungen bedeuten. Für diese schwierige Frage gilt es, möglichst eindeutige Kriterien zu vermitteln und damit die Medienkompetenz zu stärken. Dazu gehört auch die kritische Sichtweise auf Denunziations-Plattformen im Internet, wie z.B. *Psiram*, die früher unter dem Namen "Esowatch" online war. Ebenso erfordern häufig hierbei verwendete Begrifflichkeiten wie "verschwörungstheoretisch" eine differenzierte Sichtweise. Vor allem werden auch immer wieder bestimmte Namen genannt, deren Hintergrund zu beleuchten ist.

Analysten gelten: Ist jemand einmalig in ein solches Umfeld geraten (durch z.B. fehlende Recherche), oder tritt jemand mehrfach an diesen Stellen auf oder kooperiert sogar noch offen und offensichtlich mit zwielichtigen Kreisen? Dann gehört ein Warnschild für alle anderen aufgestellt, die ihr aufklärerisch begründetes Anliegen wirksam vertreten wollen und vor der Vereinnahmung in einem anderen Kontext bzw. politischen Umfeld (esoterisch, rechtsextrem) schützen müssen. In der Medienwissenschaft bezeichnet man dieses als Reframing, d.h. in ein anders gelagertes Deutungsraster.

Dubiose Namen und deren Plattformen

Prof. Michael Vogt kann man als Spinne im Netz dubios-alternativer Medien bezeichnen. Er hat durch seriös daher kommende Intervieweinladungen klugen Köpfen, die in den Mainstreammedien keinen Platz (mehr) fanden, ein Forum geboten. Sein an der Universität Leipzig als Honorarprofessor erworbener Titel mag seinen Beitrag dazu geleistet haben, ihn nicht als das zu erkennen, was eine kleine Recherche ergibt: Ein Relativierer erster

Güte deutscher Geschichte. Er fungiert nicht nur als Betreiber einer eigenen Medienplattform *quer-denken.tv*, sondern auch als Moderator und Vortragender auf anderen Plattformen wie *nuoviso.tv* und bei diversen Veranstaltungen – etwa das sogenannte Alpenparlament oder die Anti-Zensur Konferenz in der Schweiz.

Letztere illustre Gesellschaft verdient besondere und besonders kritische Aufmerksamkeit. Die AZK, Anti-Zensur Koalition, ist eines der Projekte des Predigers Ivo Sasek (www.ivo-sasek.ch) aus der Schweiz, der auch ein Medienimperium betreibt, wozu Klagemauer TV (www.kla.tv) gehört und welches es auch schon einmal in eine Mailingliste

der Friedensbewegung geschafft hat – etwa mit dem wirklich gut gemachten Beitrag über Medienkritik in der Ukraine-Krise. Genau hierin besteht auch das Verwechslungspotential wenig bis gar nicht politisch gebildeter Konsumenten, die meinen, man könne oder müsse sogar mit allen zusammen arbeiten, die sich in einer bestimmten politischen Position einig sind.

Die AZK (www.anti-zensur.info) verfährt nach dem Motto „Alles, was nicht in den etablierten Medien gedruckt oder gesendet wird, ist (automatisch) wahr.“ Das ermöglicht es Leuten, die an außerirdische Kräfte, Kornkreise oder Chemtrails glauben, hier ebenso aufzutreten wie seriöse Medienkritiker. Das Aufklärungspotential seriöser Beiträge wird aber durch die Nachbarschaft zu dubiosen Theorien und teilweise gefährlichen Ausflügen in die Medizin vollkommen ausgelöscht. Es handelt sich schlicht um das falsche Framing.

Leider hat die Otto-Brenner Stiftung mit einem Arbeitspapier zu dieser Thematik einmal vorgemacht, wie es nicht geht: Man kann von einer einfachen Verlinkung auf einer Website noch nicht auf eine Kooperation schließen. Das machen rechte Akteure ganz gezielt und bewusst, dass sie auch linke und andere Plattformen „zu sich ziehen“, um eine breitere Basis zu erreichen. Wenn die Verlinkung nicht gegenseitig ist, ist aber nicht von einer Kooperation auszugehen. Als Betroffener einer solchen "feindlichen Übernahme" muss man dieses erst einmal bemerken und dann Zeit und Geld (sprich: nicht selten einen Anwalt) in die Hand nehmen, um die Sache zu bereinigen.

Nuoviso.tv

Das Dilemma und die Schwierigkeit für die Friedensbewegung macht sich beispielsweise an dem sehr guten Film „Ramstein - das letzte Gefecht“ von Norbert Fleischer deutlich, den dieser mit *Nuoviso.tv* produziert hat. Dieser Film wurde im Juni 2017 mit dem Alternativen Medienpreis der Nürnberger Medienakademie zusammen mit der Journalist_innenunion ausgezeichnet.

Nuoviso-TV hat neben diesem Film zwar auch einige weitere sehr gute



Screenshot aus Klagemauer.tv vom 20.2.2017. Hier wird unter der Überschrift „Interview mit Dr. Daniele Ganse“ von dem Moderator tatsächlich nur ein Interview von einem früheren Gespräch mit RT Deutsch im Mai 2015 als eigener Beitrag vereinnahmt.

Wahrheitsfindung oder Wahrheitsverkündung?

Zwei wichtige Kriterien zur Beurteilung sogenannter alternativer Medien sind: Gehört dieses mitsamt seinen Machern zu denen, die nach Aufklärung und Wahrheit suchen, oder behaupten sie, die (einzigen) Inhaber der Wahrheit zu sein. Das zweite muss für

Beiträge auf der Plattform, aber eben auch Kornkreise und teilweise kuriose bis dubiose Gesprächspartner. Am Thema „Germanische Medizin“ macht sich die Rechtsoffenheit dieses von Frank Höfer betriebenen Kanals bemerkbar – und an der Nähe zur sog. Wissensmanufaktur von Andreas Popp oder *Schrang-TV*.

Den Geist eines Portals kann man recht einfach ermitteln, z.B. durch Selbstdarstellungen mit typischen Einzelseiten "Wir über uns" oder ähnlich. Unabhängig davon sollte aber – wie bei den etablierten Medien auch – das Prinzip der Einzelkritik von Beiträgen gelten. Es ist sicherlich auch für seriöse Autoren eine Frage der Abwägung im Einzelfall, wo ihr Beitrag erscheinen soll oder eher nicht. Beispielsweise war und ist im Springer-Verlag schon immer eine politische Ausrichtung über "Essentials einer Unternehmensverfassung" klar vorgegeben.

Dem gegenüber sind die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten durch Rundfunkstaatsverträge eigentlich klar auf umfassende und ausgewogene Berichterstattung festgelegt, was jedoch vor allem bei deren Nachrichtenformaten nicht der Fall ist. Dennoch würden wir vermutlich alle und bei aller berechtigten Kritik dort auftreten und unsere Position vertreten, um Menschen zu erreichen. Gefeit davor sind wir vor allem aber eher darum, weil wir dort in der Regel nicht eingeladen werden.

Umso schwieriger ist die Entscheidung, wo und in welchem Rahmen man denn öffentlich seine Anliegen kundtun kann, ohne den Anliegen zu schaden – im Gegenteil, man will sie ja unter die Leute bringen und braucht Reichweite.

Ken Jepsen und KenFM

Eine gute Reichweite hat das Portal KenFM des ehemaligen RBB-Moderators beim Jugendsender Radio-Fritz Ken Jepsen. Dieser hat viele Menschen in seinen ausführlichen Interviews aus der Versenkung geholt, die für ihre aufklärerischen Anliegen sonst keine Verbreitungsmöglichkeit fanden. In einer diffamierend geführten Kritik wird aber auch heute noch sein 2011 erfolgter Rauswurf bei RBB mit Antisemitismus-Vorwürfen begründet, die sich juristisch nicht erhärten haben.

Ebenfalls zitiert werden seine früheren Kontakte zu Jürgen Elsässer, die von ihm aber bereits Mitte 2014 ge-

kappt wurden. Kritikwürdig ist er durchaus, vor allem durch die fortlaufende Vermengung von (prinzipiell guter) journalistischer Arbeit und gelegentlicher Auftritte als politischer Aktivist. Letzteres zeigt aber immer wieder politische Unorientiertheit, die zu berechtigter Kritik an seiner Person führt. Die Qualität seiner Formate (z.B. Medienkritik, Talkshows, Live-Auftritte) kann man unterschiedlich bewerten.

Der Gesamteindruck von Ken Jepsens KenFM ist einerseits der eines ernsthaft um Aufklärung und Frieden bemühten, eines zwar etwas hektischen, aber sehr professionell arbeitenden Medienmachers. Dem entgegen stehen aber Ausrutscher wie die Plattform, die er dem Islamhasser und Pediga-Stichwortgeber Udo Ulfkotte ohne allzu kritische Nachfragen bot, oder sein Mantra von "Lechts und Rinks". Auch Pedram Shayar kann mit seinem Versuch als gescheitert gelten, diese Unterschätzung von Seiten Jepsens zu korrigieren.

Die teilweise harsche und alles andere als konstruktive, sondern ihren Vernichtungswillen ausdrückende Kritik an ihm und seiner Arbeit dürfte nicht folgenlos für die weitere Entwicklung von KenFM bleiben. Schließlich kann man an dieser auch jüngst wieder verschärft geführten Debatte ablesen, wie es hierzulande um die Kultur von Meinungsfreiheit bestellt ist.

Insgesamt fehlt der Friedensbewegung ein Medium oder ein Forum, um zweifelhafte Positionen zu klären. Wenn Denunziation vor Aufklärung rangiert, gewinnen jedenfalls die Falschen.

Jung & Naiv

Ein weiterer YouTube-Videokanal ist Tilo Jungs "Jung & Naiv". Es ist immer wieder erfrischend, wie der Selfmade-Journalist regelmäßig die Rituale der Bundespressekonferenz durchbricht und durch kritisches Nachfragen Situationen erzeugt, bei denen die strategische Kommunikation der Pressesprecher einfach nicht mehr funktioniert.

So geschehen z.B. bei der Stellungnahme zur Verleihung des Friedensnobelpreises an ICAN. Man sollte beobachten, ob das Portal weiterhin als Kuriosum abgetan wird oder ob, wenn es wirkmächtiger wird, entweder eine Systemintegration stattfindet oder ob dann nach Kontaktschuld bei Jung gesucht

wird, um ihn zu denunzieren und zu schwächen.

Nachdenkseiten

Man muss tatsächlich auch bei solchen Portalen, die insgesamt positiv zu sehen sind, jeden Beitrag auf seine Qualität hin prüfen. Dies trifft etwa auch auf die NachDenkseiten (www.nachdenkseiten.de) zu, welche die früheren Berater von Willy Brandt – Albrecht Müller und Wolfgang Lieb – als Antwort auf den neokonservativen Politikwechsel der rot-grünen Bundesregierung vor 14 Jahren gründeten. Inzwischen ist Wolfgang Lieb ausgeschieden. Jens Berger teilt sich die redaktionelle Arbeit zusammen mit einigen Helfern für die täglichen Medienhinweise.

Natürlich ist man geneigt, einen hohen Selbstanspruch auch als Maßstab zur Beurteilung der eigenen Leistung anzulegen – das unterscheidet alternative Medien ja von den anerkannten. Dem werden die Nachdenkseiten nicht immer gerecht, da Albrecht Müller diese oftmals für polemische Meinungsbeiträge (zumeist über den Zustand der SPD) nutzt. Dieses kann der unabhängigen Meinungsbildung entgegen stehen, für die ansonsten die werktägliche Presseschau mit den "Hinweisen des Tages" einen hervorragenden Beitrag liefert.

Gerade wer medienkritisch unterwegs ist, sollte auf die Erfüllung der geforderten Standards auch achten – und beispielsweise Methodik und Recherchewege so offen darlegen, dass für die Nutzer bzw. Leser die eigene Handlungskompetenz gestärkt wird.

Zu den Methoden der Meinungsmache über die etablierten Medien sollte man sich unbedingt einen der jüngsten Vorträge von Prof. Dr. Mausfeld ansehen, die als Videoschnitte im Netz verfügbar sind. Das erfordert freilich, zwei Stunden zu investieren, um sich diese in voller Länge anzusehen.

Verschörungstheorien gibt es, Verschwörungen aber auch. Jeder Journalist, Aktivist oder Wissenschaftler, der sich durch diesen Begriff von der eigenen Recherche abhalten lässt, um am Ende erkennen zu können, ob es sich eventuell um eine Verschwörung oder nur um eine Theorie handelte, hat seinen Beruf verfehlt und das gilt auch für Laienjournalisten innerhalb und außerhalb des Internets.

Der russische Nachrichtenkanal RT unter politischem Druck

von Ulrich Teusch, Politikwissenschaftler und Publizist, Edermünde

Der global agierende russische Nachrichtenkanal RT steht unter Druck – vor allem in den USA, aber auch in Großbritannien. „Sie werden versuchen euch auszuschalten“, hatte WikiLeaks-Gründer Julian Assange der Chefredakteurin des Senders einst prophezeit. Behält er am Ende Recht? Hier einige Fragen und Antworten zum „Phänomen RT“.

Ist RT ein Lückenmedium, ein Tendenzmedium, ein Propagandamedium?

Gemach – und der Reihe nach. Zunächst: Jedes Medium ist ein Lückenmedium, selbstverständlich auch RT. Sodann: Ganz zweifellos ist RT ein Tendenzmedium. Das verleiht ihm aber kein Alleinstellungsmerkmal; auch bei fast allen anderen staatlich oder privatwirtschaftlich verfassten Medien handelt es sich erkennbar um Tendenzmedien. Schließlich: Manchmal ist RT in der Tat ein Propagandamedium. Als Russland in den Syrienkrieg eingriff, war RT mit affirmativer Kriegsberichterstattung zur Stelle. Und nachdem die Türkei im Syrienkrieg einen russischen Kampfjet abgeschossen hatte, erging es ihr im RT-Programm über mehrere Wochen ziemlich übel.

Als sich die beiden Länder – also die Türkei und Russland – wieder zusammengerauft hatten, gab sich auch die Berichterstattung deutlich entspannter. Doch auch in dieser Hinsicht unterscheidet sich RT nicht von vielen anderen Medien. Immerhin hat die privatwirtschaftlich verfasste New York Times für jeden US-Krieg in den letzten 30 Jahren getrommelt und ist in diesem Zusammenhang nicht davor zurückgeschreckt, zahlreiche fake news zu verbreiten.

Stichwort „fake news“: Ist Propaganda gleichbedeutend mit fake news, mit Lüge?

Nein. Es ist ein weitverbreiteter, fataler Irrglaube, dass Propaganda mit fake news oder Lüge identisch sei. Denn man kann selbstverständlich auch Propaganda betreiben, indem man Wahrheiten verbreitet. Nehmen wir ein drastisches Beispiel: Ein Geheimdienstmitarbeiter trifft sich mit ei-

nem Journalisten und übergibt ihm brisantes Material, das einem innen- oder außenpolitischen Gegner schweren Schaden zufügen könnte. Er verfolgt offenkundig propagandistische Absichten und will, dass der Journalist dieses Material veröffentlicht.

Ist der Journalist unseriös oder korrumpierbar, wird er dem Wunsch des Agenten bedenkenlos nachkommen und die Geschichte eins zu eins umsetzen („...wie aus Geheimdienstkreisen verlautete...“).

Arbeitet er hingegen seriös und integer, wird er die Informationen gründlich überprüfen, also eigene Recherchen anstellen. Kommt er zu dem Ergebnis, dass der Geheimdienstmann ihm einen Bären aufgebunden hat, wird er die Story selbstverständlich fallen lassen.

Ergeben seine Nachforschungen jedoch, dass die Sache Hand und Fuß hat, wird er sie veröffentlichen. Kann er dabei ein gutes Gewissen haben? Einerseits ja, denn er hat ja nur die Wahrheit und nichts als die Wahrheit geschrieben. Andererseits sollte ihm aber auch klar sein, dass der Geheimdienstmitarbeiter, der ihn auf die Spur gebracht hat, sich ob der Veröffentlichung zufrieden die Hände reiben wird. Er hat erreicht, was er wollte.

Ist die Tatsache, dass RT staatlich finanziert und kontrolliert wird, ein grundsätzliches Problem?

Ja. Staatliche Kontrolle engt die journalistische Autonomie ein. Der Spielraum ist begrenzt. RT berichtet zum Beispiel nur selten über innerrussische Angelegenheiten, und wenn, dann eher zurückhaltend, jedenfalls weit entfernt von dem kritischen Maßstab, den man bei US-amerikanischen Themen anlegt. Das sollte nicht überraschen, denn es gilt für alle staatlichen Medien. Und auch das amerikanische Konzern-Medium CNN geht mit der US-Politik deutlich weniger hart ins Gericht als mit der russischen.

Sind staatliche Medien immer monolithisch? Gilt da nur eine Sichtweise?

Nein. Wie staatliche Medien berichten und kommentieren, hängt selbst-

verständlich von den inneren Verhältnissen des jeweiligen Staates ab. Viele international agierende Medien – BBC World News, France 24, Deutsche Welle, Voice of America etc. – sind faktisch oder tatsächlich Staatsmedien. Dennoch sind sie nicht monolithisch. Sie reflektieren das dominante Meinungsspektrum des jeweiligen Herkunftstaates. Das gilt auch für staatlich verfasste russische Medien. Was immer man an den politischen Verhältnissen in der Russischen Föderation kritisieren mag – sie haben sich seit dem Ende der Sowjetunion grundlegend verändert, nämlich liberalisiert. Diese Veränderungen widerspiegeln sich auch in der Berichterstattung staatlicher russischer Medien.

Soll das heißen: Man darf in einem staatlich kontrollierten Programm wie RT die Politik der russischen Regierung kritisieren?

Ja, das soll es heißen. Es gibt auf RT sogar eigene Programmplätze für diesen Zweck. Die Interviewsendung Worlds Apart zum Beispiel bietet Russland-Kritikern ein Forum. Allein in dieser Sendung sind inzwischen wohl zig-mal mehr Kreml-Kritiker zu Wort gekommen als im deutschen Fernsehen „Kreml-Versteher“. Der Befund gilt aber auch für die ganz normalen Nachrichtenmagazine: Vor wenigen Tagen zum Beispiel ging es in den RT-News um die Zustände im syrischen Rakka nach der Befreiung und um die Frage, ob beim Kampf um die Stadt zu wenig Rücksicht auf Zivilisten genommen wurde. Auskunft gab eine Mitarbeiterin von „Human Rights Watch“. Sie beantwortete zwar die Fragen des Moderators, versäumte es aber nicht, sowohl zu Beginn des Gesprächs als auch am Ende ihre Analyse „einzubetten“, indem sie die Kriegsführung Syriens und seines russischen Unterstützers an den Pranger stellte. Der Moderator ließ sie gewähren und beließ es in der Abmoderation bei einer sehr maßvoll formulierten Relativierung. Das war's. Beispiele dieser Art finden sich zuhauf: In der Anfangsphase des russischen Eingreifens in Syrien trat der US-Journalist und Pazifist David Swanson als Interviewgast auf und kri-

tisierte das russische Vorgehen mit deutlichen Worten. Es hatte für ihn keine negativen Folgen. Swanson war seither mehrfach im Programm zu sehen. Anders erging es ihm interessanterweise beim US-amerikanischen MSNBC. Dort durfte Swanson einmal auftreten – und dann nie wieder.

Aber man kann doch sagen, dass RT im Wesentlichen eine russische Perspektive bzw. die Perspektive der aktuellen russischen Regierung verbreitet?

Ja und Nein. Ja insofern, als RT bei Fragen, die für Russland von vitalem Interesse sind oder in die es unmittelbar involviert ist, die russische Sichtweise zur Geltung bringt. Das ist schließlich seine Aufgabe, seine „Mission“. Die Beispiele liegen auf der Hand: NATO-Osterweiterung, Ukraine, Syrien, Nordkorea, RussiaGate usw. Nein jedoch insofern, als man über zahlreiche Themen berichtet, zu denen die russische Regierung überhaupt keine erkennbare Position bezogen hat: Gefängnisstreiks in den USA, Occupy Wall Street, Polizeigewalt etc. Da ist schwer erkennbar, wo sich die „Kreml-Propaganda“ verstecken soll. Manchmal ist die Berichterstattung geradezu irritierend: Einerseits hat Präsident Putin eine mögliche Abspaltung Kataloniens von Spanien faktisch missbilligt, andererseits kann sich die katalanische Unabhängigkeitsbewegung über die RT-Berichterstattung gewiss nicht beklagen.

Oft wird behauptet, Putin unterstütze rechtsnationalistische Kräfte. Wie ist das mit RT? Kann man das Programm in einem Links-Rechts-Spektrum verorten?

Viele Beobachter in den USA, aber auch andernorts, sind sich einig, dass RT International, also das englischsprachige Programm, eine eher linke politische Tendenz hat. Das gilt zweifelsfrei für Sendereihen wie Watching the Hawks, Redacted Tonight, Going Underground, The Big Picture oder On Contact. Diese Programmpunkte werden ganz offenkundig relativ autonom produziert und dann gesendet, ohne dass sich die Moskauer Chefredaktion oder gar der Kreml inhaltlich einmischen. Das Gleiche lässt sich für die Interviews des früheren CNN-Stars Larry

King sagen, der seit einigen Jahren für RT tätig ist. King macht jetzt bei RT im Wesentlichen das, was er damals bei CNN gemacht hat. Und er hat, trotz der gegenwärtigen Russland-Hysterie, offenbar keine Probleme, genügend Gesprächspartner für seine Sendungen zu gewinnen. Nichts anderes gilt für die Arbeit des früheren MSNBC-Anchorman Ed Schultz, für Jesse Ventura oder den Finanzexperten Max Keiser.

RT International hat eine linke Tendenz, die russische Regierung hingegen gilt als eher konservativ. Wie passt das zusammen?

Eine spannende Frage. Man kann nur spekulieren. Wäre man boshaft, könnte man sagen: „Die Russen“ wollen einfach Unruhe stiften, und dazu ist ihnen jedes Mittel recht. Aber ich glaube, es verhält sich etwas anders: RT ist ein Lückenmedium, das Lücken füllt, die andere Medien hinterlassen. Es ist ein Korrektiv. Aus diesem Ansatz bezieht es einen Großteil seiner Glaubwürdigkeit. Und die kommt ihm wiederum zugute, wenn es über Dinge berichtet, die für Russland von vitalem Interesse sind. Soll heißen: Ganz uneigennützig ist dieser Ansatz nicht. Medien berichten nie „einfach so“, sondern haben eine Funktion, verfolgen Interessen.

RT füllt Lücken, die der Mainstream hinterlässt. Handelt es sich also um ein Alternativmedium?

Wir haben uns angewöhnt, von Mainstream- und Alternativmedien zu reden. Wir tun das oft mit Blick aufs eigene Land und glauben, dass die Unterscheidung zweifelsfrei zu treffen ist. In Deutschland ist die FAZ ein Mainstreammedium, die NachDenkSeiten sind ein Alternativmedium. Global gesehen sind „Mainstream“ und „Alternativ“ aber kontext-abhängig.



Screenshot aus Sendung von RT Deutsch „Der fehlende Part“ vom 8.4.2017: Interview mit Laura von Wimmersperg

In den USA ist RT ein Alternativmedium (das zeigen auch seine thematischen Schnittmengen mit linken US-Websites), in Russland, wo man es auch empfangen kann, ist es hingegen ein Mainstreammedium. ARD und ZDF sind Mainstreammedien, zu DDR-Zeiten waren sie aber für die dortige Bevölkerung Alternativmedien. CNN ist in den USA Mainstream, kann aber in anderen Ländern, etwa Russland, durchaus als Alternativmedium wahrgenommen werden...

Was können wir, die Rezipienten, tun?

Sagen wir es so: Die Globalisierung als solche ist ein eher ambivalentes Phänomen. Aber in einer Hinsicht ist sie rückhaltlos zu begrüßen. Dank eines immer noch relativ freien Internets und der in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten entstandenen alternativen Portale und Blogs, zu denen selbstverständlich auch internationale Nachrichtenkanäle unterschiedlichster Herkunft und Couleur zählen, haben wir heute historisch einzigartige Möglichkeiten, uns kritisch-vergleichend zu informieren und ein halbwegs adäquates Bild zu verschaffen.

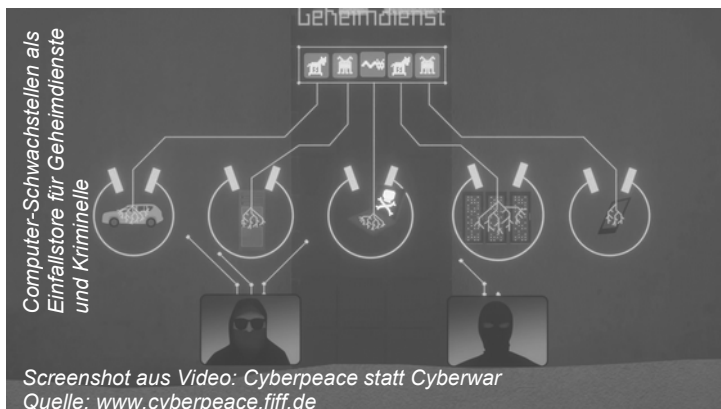
Wir müssen jedem Versuch, diese Entwicklung zurückzudrehen oder sie im Interesse etablierter Mächte an die Kette zu legen, mit Vehemenz widerstehen. Informationsfreiheit ist die Bedingung der Möglichkeit von Demokratie. Und Demokratie ist die Bedingung der Möglichkeit positiver Veränderung.

Ulrich Teusch ist Verfasser des Buches: Lückenpresse: Das Ende des Journalismus, wie wir ihn kannten.

Cyberpeace: Grundrechte und friedliche Nutzung des Internets

von Stefan Hülge und Dietrich Meyer-Ebrecht,

Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftlicher Verantwortung e.V. (Fiff)



Cyberspace ist längst offiziell zur fünften militärischen Domäne erklärt worden, gleichrangig oder sogar bedeutender als die klassischen militärischen Aktionsfelder Land, See, Luft und naher Weltraum. Attraktiv ist der Cyberspace durch seine Grenzenlosigkeit. Er schwingt sich hinweg über physische, geografische und politische Grenzen. Er erfasst mittlerweile (fast) jeden Winkel dieser Erde, ein Ausspähinstrument gigantischen Ausmaßes. Und dennoch ist der Cyberspace, paradoxerweise, die letzte Domäne für versteckte militärische Aktivitäten. Denn die Entwicklung und Produktion von Waffen für Cyberoperationen benötigen keine auffälligen Anlagen, ihr Transport und ihre Stationierung erfordern keinen physischen Raum, ihre Erprobung und ihr Einsatz hinterlassen keine physischen Spuren, und digitale Spuren können verdeckt, manipuliert oder sogar ausgelöscht werden.

Aber was genau ist der Cyberspace? Cyberspace ist das Synonym für den globalen Datenraum. ‚Cyber‘ ist abgeleitet von Cybernetics, Kybernetik, die von Norbert Wiener begründete Wissenschaft von der Steuerung und Regelung von Maschinen, lebenden Organismen und sozialen Organisationen. Wenn dieser Bezug bei der Schöpfung des Begriffs noch nicht Pate gestanden haben mag, beschreibt er heute treffend das synergetische Zusammenwachsen unserer Gesellschaft mit der Informationstechnik. Wir bewegen uns in diesem Datenraum mittlerweile routiniert, und er bleibt dennoch abstrakt, nicht greifbar, undurchschaubar mittlerweile selbst für Spezialisten. Gleichgesetzt wird der Cyberspace häufig mit dem Internet,

dem Netz aus Datenkabeln und Funkverbindungen, das mittlerweile den Globus feinmaschig umspannt, mit seinen unzähligen Computern an den Knotenpunkten der Maschen, die mit ihrer Software den Fluss der Myriaden von Datenpaketen lenken.

Das Internet ist zu

einem Nervensystem der Zivilgesellschaft geworden. Dieses Nervensystem hat viele neue Möglichkeiten geschaffen. Aber es hat unsere Gesellschaft auch extrem verletzlich gemacht. Wir haben Abhängigkeiten geschaffen, die wir nicht mehr wahrnehmen, die jedoch tief in vitale Alltags- und Lebensprozesse greifen. Und die Abhängigkeit – und damit unsere Verletzlichkeit – wird zunehmen. Dies ist ein zentraler Punkt, wenn wir über militärische Aktivitäten im Cyberspace sprechen. Darf es aber sein, dass dieser als von der Zivilgesellschaft gleichsam als eine existentielle Grundlage für das öffentlich und private Leben besetzte Raum (auch) von den Militärs vereinnahmt wird?

Vernetzte Informationstechnik ist verletzlich

Militärische Cyber-Operationen legen überwiegend den Einbruch in Computer und Computernetze zugrunde. Das führt uns zu der interessanten Frage, warum Computer trotz aller Investitionen in Sicherheitstechnik offensichtlich immer noch verletzlich sind. Die Antwort: Höchstmögliche Sicherheit und freie Kommunikationsfähigkeit schließen einander aus. Vernetzte Computer sind zwangsläufig unsicher, denn sie sollen miteinander kommunizieren können. Dazu müssen sie Tore haben (im Fachjargon Ports genannt), durch die Daten von Innen nach Außen fließen – und natürlich auch von Außen nach Innen. Diese Ports sind selbstverständlich gegen einen nicht-autorisierten Zugang gesichert. Aber, wie in unserer physikalischen Welt kein Sicherheitsschloss für immer unüberwindlich bleibt, wird auch kein di-

gitaler Sicherheitsmechanismus für immer unumgebar bleiben. Der Entwickler von Sicherheits-Software befindet sich in der Position eines Schachspielers, der vor jedem Zug alle nur denkbaren Züge des Gegners prüfen muss, auch die kuriosesten, die unwahrscheinlichsten und die ungewöhnlichsten. Nur kennt dieses Spiel kein Ende und keine Regeln. Und die Kreativität des unbekanntes Gegners ist grenzenlos – ebenso sind es die Ressourcen.

Der eine Ressourcenpool ist die unüberschaubare Gemeinde der Hacker, IT-Freaks angetrieben von einem breiten Spektrum von Motiven und Zielen, von naiver technischer Neugier bis zu kriminellem Gewinnstreben. Der andere Pool sind geheimdienstliche und militärische Institutionen mit nahezu unbegrenzten Budgets.

Über das Arsenal der NSA, des vermutlich mächtigsten Akteurs, hat uns zuletzt Edward Snowden die Augen geöffnet. So betreibt die NSA unter vielen anderen mächtigen Instrumenten Softwaresysteme, die permanent das gesamte Internet nach erreichbaren Computern und Subnetzen durchforsten, alle Fundstellen kartografieren und Dossiers über ihre Funktion, ihre Software-Ausstattung, ihre besonderen Schwachstellen und über die für einen Einbruch erforderlichen Werkzeuge anlegen bzw. aktualisieren. Um auch zu besonders geschützten Computersystemen Zugänge zu öffnen, steht der NSA unter besonderer Geheimhaltung die Spezialeinheit *Tailored Access Operations* (TAO) aus hochqualifizierten Hackern zur Verfügung.

Wir können davon ausgehen, dass andere Staaten über entsprechende Organisationen ausgestattet mit ähnlichen Ressourcen verfügen – oder sich verfügbar machen, wie beispielsweise der BND. Beide Pools kommen einträglich miteinander aus. Geheimdienste bedienen sich der Ressourcen eines prosperierenden Schadsoftware-Schwarzmarktes, lassen Kriminelle in der Hackerszene gewähren („Zitat: „Ein Geheimdienst ist keine Strafverfolgungsbehörde ...“), und Hacker, die

zur Kooperation bereit sind, machen gute Geschäfte dabei.

Bedrohung durch Überwachung

Bereits digitale Spionage, obschon oft stillschweigend duldsam hingenommen, muss als aggressiver Akt verstanden werden, denn sie erfordert ein nicht-autorisiertes Eindringen in das digitale Territorium souveräner Staaten und freier Bürger. Heimtückisch sind Spionageoperationen im Cyberraum, wenn sie gleichzeitig dazu dienen, versteckte Zugänge für weiter gehende Operationen anzulegen.

Bedrohung durch Schadsoftware

Schadsoftware kann bei aller Achtsamkeit auch über Sicherheitslücken eingeschleust werden. Den Terminus ‚Sicherheitslücke‘ assoziiert man gern mit unachtsamer Programmierung. Programmierfehler oder schlampiger Code sind jedoch eher selten die Ursache für eine Sicherheitslücke, vor allem bei sorgfältig geprüften und ausgereiften Programmen. Denn auch bei diesen kann keine Garantie gegeben werden, dass findige Hacker irgendwo einen Ansatz ausfindig machen, an dem sie mit einer gezielt entwickelten Software – einem so genannten ‚exploit‘ – ein ungewolltes Verhalten des Computers auslösen können.

Erst dadurch tritt eine Programmpassage als eine Schwachstelle in Erscheinung. Weltweit beteiligen sich Hacker an diesem Spiel – ‚white-hat hacker‘, um zu helfen, Angriffspunkte bei verbreiteten Programmen auszumerzen, ‚black-hat hacker‘ um ihre „Produkte“ an Kriminelle zu verkaufen – oder an Geheimdienste.

Tiefgreifende Folgen für die Zivilgesellschaft können Eingriffe in Computernetze von Behörden oder Finanzinstitutionen haben, die zu administrativen Problemen und wirtschaftlichen Schäden führen können. Physikalische Schäden können durch das Eingreifen in computergesteuerte Fertigungsprozesse verursacht werden. Noch gravierendere Folgen kann eine digitale Sabotage chemischer Produktionslinien haben. Über Lawineneffekte, die durch Angriffe auf kritische Infrastrukturen – Verkehrsleitsysteme, Kommunikationsnetze, Energieversorgungseinrichtun-

gen – ausgelöst werden können, kann heute nur spekuliert werden. Sie werden vermutlich verheerend sein. Ein souveräner Staat kann damit ohne Einsatz konventioneller Waffen in die Knie gezwungen werden.

Bedrohung durch Manipulation

Mit einer gezielten Verbreitung von Missinformation und Desinformation – etwa durch Entern der Computersysteme von Presseagenturen oder Fernsehstudios – kann eine Beeinflussung der politischen Meinungsbildung oder sogar eine Destabilisierung der Zivilgesellschaft bezweckt werden. Besonders empfänglich sind die so genannten ‚digital natives‘ – Gesellschaftsgruppen, die sich mit ihrer Informationsbeschaffung und Meinungsbildung zunehmend auf soziale Netze, Kurznachrichtendienste, Blogs etc. verlassen. Die Einflussnahme kann dort äußerst subtil, schwer nachweisbar und dadurch besonders wirksam eingreifen. Auch die jüngst aufgetauchten ‚social bots‘ sind als prominentes Beispiel zu dieser Kategorie der Cyber-Operationen in Konfliktszenarien zu zählen.

Lässt sich Sicherheit wiederherstellen?

Derzeit erleben wir, wie Sicherheitspolitiker_innen und Sicherheitsbehörden darauf abzielen, den Bedrohungen mit umfangreichen Überwachungsmaßnahmen zu begegnen. Die Ausspähung der Internet-Kommunikation durch Geheimdienste wie die US-amerikanische National Security Agency (NSA) und den Bundesnachrichtendienst (BND) sind aus deren Sicht Maßnahmen dafür. Im Bereich der inneren Sicherheit fallen polizeiliche Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung in diese Kategorie – abgelehnt vom Europäischen Gerichtshof und den Verfassungsgerichten mehrerer Mitgliedsstaaten; trotzdem immer noch auf der politischen Agenda. Was angeblich der Sicherheit dient, bedroht auf der anderen Seite den Frieden und unsere Grundrechte.

Gegen andere Staaten gerichtete Überwachungsmaßnahmen können bereits als Cyberangriffe gewertet werden, wenn sie erfordern, in fremde Rechnersysteme einzudringen und dabei bestehende Schwachstellen dieser

Systeme auszunutzen oder neue zu schaffen. Dies ist, folgt man dem Tallinn-Manual der NATO, bereits ein kriegerischer Akt, der mit konventionellen militärischen Gegenschlägen beantwortet werden darf. Im Tallinn-Manual wurde der Versuch unternommen, Cyberwarfare (völker-) rechtlich zu bewerten. Es ist eine akademische, nicht verbindliche Studie, wie internationales Recht auf Cyberkonflikte und Cyberwarfare anzuwenden ist, initiiert durch das NATO *Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence* in Tallinn und erarbeitet von einer der NATO nahestehenden internationalen Expertengruppe.

Handlungsfelder für Cyberpeace

Um das Wettrüsten im Cyberspace zu beenden, hat das FIF den Rahmen für ein Gegenmodell ‚Cyberpeace‘ erarbeitet, dessen Einzelforderungen sich grob wie folgt darstellen lassen:

Wiederherstellung des Vertrauens, das von der weltweiten, spätestens seit 2013 bekannten Geheimdienstüberwachung stark beeinträchtigt, wenn nicht gar zerstört wurde. Eine der wichtigsten Ressourcen der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit darf nicht verschwinden!

Ächtung offensiver Aktionen im Cyberspace und Förderung gewaltfreier Mittel der Konfliktlösung, indem durch gegenseitige Vereinbarungen und Kontrolle sichergestellt wird, dass Nationen nicht bereit stehen und nicht in der Lage sind, offensive Schläge gegen lebenswichtige Infrastruktur des jeweiligen Gegners auszuführen.

Sicherung lebenswichtiger Infrastrukturen mit technischen Mitteln – Aufbau von Sicherheitsvorkehrungen, die Aggressoren daran hindern, deren Computer-Netzwerke und Computersysteme zu infiltrieren. Diese so genannten kritischen Infrastrukturen sind von entscheidender Bedeutung für die Sicherstellung grundlegender Dienstleistungen und Ressourcen, wie Wasser- und Energieversorgung, Gesundheitsvorsorge und Kommunikation.

Erhaltung der politischen Kontrolle, Demokratie und Sicherheit durch Cyberpeace-Initiativen auf Regierungsebene, durch demokratische Kontrolle der Internet- und Cybersicherheitsstrategien und durch eine entmilitarisierte politische Sprache.

„Dekret über den Frieden“ so aktuell wie vor 100 Jahren

Bericht über den Plenumsvortrag von Prof. Domenico Losurdo beim 24. Friedensratschlag in Kassel

von Claus Stille, Bürgerjournalist und Blogger, Dortmund



Foto: K.-H. Peil

Die Ideologie des Krieges beginne wieder zu greifen, mahnte Prof. Losurdo. Und zwar nach bekannten Mustern der Vergangenheit. Jedenfalls sei die derzeitige Lage wenig ermutigend. Die Erzählung von aktuellen Kriegsgefahren töne immer prominenter in der internationalen Presse. China und Russland sind Gegner der Demokratie heißt es.

Der Westen und dessen stets apostrophierten Werte würde dagegen als der Hort der Demokratie hochgehalten. Es entstünde eine konfrontative Situation. Dies sei aber keinesfalls neu, betonte Prof. Losurdo. Und er sprach die Gründung der NATO an. Da sei die Situation ebenfalls besorgniserregend gewesen. Es sei überlegt worden, einen nuklearen Angriff zu entfesseln. Die bürgerliche, die westliche Demokratie hieß seinerzeit, sei eine Garantie für die Frieden.

Als Italien der NATO beitrete habe Palmiro Togliatti, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei (PCI), einst darauf hingewiesen, dass es einfach nicht wahr sei, dass Demokratien keinen Krieg führten. Die USA hätten Angriffskriege gegen Spanien geführt und zuvor gegen Indianerstämme, um diese zu vernichten. Die Beispiele könnten bis in die Gegenwart fortgesetzt werden.

Domenico Losurdo warf einen Blick auf die zahlreichen aktuellen Krisenherde im Mittleren Osten und Afrika. Er nahm aber auch die Lage in Korea,

der Ukraine und nicht zuletzt Venezuela in den Fokus. All dies seien Anzeichen einer sich zuspitzenden Situation. Sukzessive Kriegsvorbereitungen würden getroffen.

Die Kriegsideologie wende sich direkt gegen China und Russland. Diese beiden Staaten seien jedoch gerade diejenigen, welche sich den imperialistischen Abenteuern der letzten Zeit widersetzen.

Die USA und die NATO tragen die Verantwortung für verheerende Interventionen

Den USA und der NATO wies Losurdo die Verantwortung für die direkt oder indirekt geführten, ganze Regionen verheerenden militärischen Interventionen der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart in Afghanistan, Irak, Syrien sowie Libyen und weiteren Staaten Afrikas zu – mit tausenden von Opfern. Vor allem Russland und China träten diesen geostrategischen Machtinteressen dienenden Interventionen strikt entgegen. Weshalb sie den Aggressionen der USA und ihrer westlichen Verbündeten ausgesetzt seien.

Kritik am „barocken Aberglauben“ westlicher Linke

Der Referent kritisierte den „barocken Aberglauben“ westlicher Linke, dass alle Staaten auf eine Stufe zu stellen seien, gleich kapitalistisch bzw. gleich imperialistisch agierten.

Heute so Losurdo, gehe es darum die Interessen der ganzen Nation zu erkennen. Dabei müsse es gerade den linken Kräften genauso wie vor 100 Jahren um den Kampf für den Frieden gehen. Besonders mit Blick auf die aktuellen Krisenherde in Korea, im Irak, in Syrien oder im Jemen. Hierbei sollte stets die schwelende Weltkriegsgefahr im Hinterkopf behalten werden. Der absoluten Macht der USA, die diese nahezu um jeden Preis erhalten wollten, müsse der Kampf für den Frieden entgegen stehen „Haben wir keine Angst vor einer massenhaften Friedensbewegung!“, machte Losurdo den ZuhörerInnen im Hörsaal Mut.

Das „Dekret über den Frieden“ sei heute 100 Jahre nach dessen Erlass, ist sich Domenico Losurdo sicher, in der derzeit zugespitzten weltpolitischen Situation ebenso aktuell wie seinerzeit. Damals ein wichtiges Ergebnis der russischen Oktoberrevolution von 1917 und der aus ihr siegreich hervorgegangenen Arbeiter- und Bauernregierung. Ziel des Dekrets waren ein sofortiger Friedensschluss „ohne Annexionen und Kontributionen“ und das Ende der Teilnahme Russlands am Ersten Weltkrieg.

Es ist der erste von einer staatlichen Regierung verfasste Erlass, der Krieg als Mittel der Politik verurteilt. Es war eine klare Ansage gegen den imperialistischen Krieg, der ein Konkurrenzkrieg der Großmächte um die Kolonien und die Versklavung der kolonialen Völker war. Das Dekret hat im Ersten Weltkrieg die Friedenskräfte in den kriegführenden Staaten unterstützt. Und darüber hinaus weltweit antikoloniale Bewegungen und auf den Plan gerufen.

Auf der Homepage des Bundesausschusses Friedensratschlages (www.friedensratschlag.de) finden sich weitere Beiträge vom Friedensratschlag. Die Beiträge von Claus Stille wurden mit Zustimmung des Autors entnommen von : www.clausstille.com

Palermo hat keine Migranten - alle Menschen in Palermo sind Menschen

Bericht über den Plenumsvortrag von Leoluca Orlando beim 24. Friedensratschlag in Kassel von Claus Stille, Bürgerjournalist und Blogger, Dortmund

Leoluca Orlando, langjähriger Bürgermeister von Palermo und 2017 abermals in dieses Amt gewählt, war schon des Öfteren zu Gast in Deutschland. Früher von der Mafia bedroht oft unter Polizeischutz. Inzwischen, so Orlando, spiele die Mafia im Grunde keine Rolle mehr in der Stadt.

Im Kern geht es in der Charta von Palermo um die Internationale Freizügigkeit von Menschen. Sie nimmt sich der Migration als Problem zur Freizügigkeit als unveräußerlichem Menschenrecht an. Der Leitsatz der Charta von Palermo: "Io sono persona" (Ich bin eine Person.)

Palermo ist eine Stadt in Europa

„Palermo ist nicht Frankfurt“ fuhr der Bürgermeister fort, „tut mir leid. Palermo ist nicht Kassel. Aber Palermo ist in Europa. Palermo ist eine Mittelmeerstadt.“ Das Mittelmeer empfindet Orlando als eine Art „Kontinent des Wassers“. Und da müssten die Freizügigkeit und die Menschenrechte respektiert werden.

Dann kam der Bürgermeister auf den sogenannten Islamischen Staat zu sprechen und fragte: „Was ist der Unterschied zwischen Islamischen Staat und der Mafia?“ und antwortete darauf selbst: „Keiner!“

Hundert Jahre habe die Sizilianische Mafia in Palermo geherrscht. Der Bürgermeister sei normalerweise ein Freund vom Mafiaboss gewesen. „Einmal sogar war er der Boss.“

In Palermo habe es keinen Migrant gegeben. Die Mafia duldet nur BürgerInnen mit „sizilianischem Blut“. „Die sizilianische Mafia ist wie der Islamische Staat – der dulde nur reine Muslime.“

Doch man sehe sich die Menschen heute an: Palermo mit seinen Menschen sei „wie ein Mosaik“. Es bestehe aus Menschen. „Wenn Sie mich heute fragen, wie viele Flüchtlinge in Palermo leben, antworte ich nicht: 60 000 oder 100 000. Sondern: keine. Alle in Palermo „sind Menschen“. Beifall brandete auf.

Die Charta von Palermo sage „Mobilität ist ein Menschenrecht. Wir sind gegen Aufenthaltsgenehmigungen. Wir

sind nicht gegen Reisepass.“ Wer nach Palermo kommt sei Palermitaner.

Dann sprach Orlando darüber wie seine politische Laufbahn begann. Es sei der Tag gewesen, als der Präsident der Region Sizilien Piersanti Mattarella, der Präsident der Region Sizilien, von der Mafia ermordet wurde. Am 6. Januar 1980. Das habe sein Leben verändert. Leoluca Orlando war damals Rechtsprofessor an der Universität von Palermo. Die Familie von Piersanti bat ihn, dessen Erbe anzutreten und in die Politik zu gehen. Sie sagten, „Du musst das machen, du bist sauber. Es gibt zu viele korrupte Politiker. Du musst in die Politik gehen.“ Jahrzehnte später konnte Sergio Mattarella, den nunmehrigen Präsident Italiens, anrufen und sagen: „Die Mafia lebt nicht mehr.“

Flüchtlinge im Hafen werden persönlich begrüßt

Leoluca Orlando lässt es sich nicht nehmen, in den Hafen von Palermo zu fahren, wenn wieder einmal Flüchtlinge dort ankommen, um diese persönlich willkommen zu heißen. Jedes Mal berühre ihn jedes persönliche Flüchtlingschicksal, von dem er zu hören bekommt. Einmal sei er auf ein junges Mädchen aus Kongo, vierzehn Jahre alt, getroffen. Es verlor während der Flucht übers Meer seine Mutter und gab sich die Schuld dafür. Er mache den erschöpften Menschen dann stets Mut bei der Ankunft, sage ihnen, das Schlechte ist vorbei, sie seien frei, sind am Leben und in Sicherheit.

Orlando habe an das Unrecht im Dritten Reich und an Auschwitz denken müssen und dann an die Nürnberger Prozesse. „Unsere Großmutter, unser Großvater konnte sagen, sie hätten nichts über die Naziverbrechen, den Genozid, gewusst.“ Wir heute aber wüssten vom Schicksal der Flüchtlinge, die im Mittelmeer ertrinken. Orlando: „Wir müssen das Recht anwenden und die Menschenrechte schützen!“

„Der Vatikan“ erhob Orlando seine Stimme empört, „hat die Todesstrafe erst 2001 abgeschafft! Ein solcher Staat würde nie in die Europäische Union aufgenommen. Ich bin Katholik. Was hat der Vatikan mit meinem Glauben zu tun? Nichts! Ich hoffe, dass

Papst Franziskus den Vatikan kaputt macht.“

Palermo verzeichnet Erfolge

Alles bewege sich langsam. Aber dennoch sind Erfolge zu verzeichnen, was Palermo anbelangt. „Wissen Sie wie viel Prozent die Lega Nord bei den letzten Wahlen bekommen hat? Ein Prozent!“

Wir, gab der Bürgermeister von Palermo zu bedenken, dürften die Menschen nicht separat behandeln. Sondern wie ein Doktor müssten wir handeln, der für den Erhalt des Lebens zuständig sei. In Palermo spüre man wie die Leute ihre Stadt schützen. Auch die hinzugekommenen Muslime empfänden sich als Palermitaner. Bürgermeister Orlando ist stolz auf seine Stadt, „die versucht ein Mosaik zu sein“

Leoluca Orlando zeigte sich stolz darüber, dass man sich als Stadt so stark für die Menschenrechte einsetze. Einer Stadt anzugehören, „die versucht ein Mosaik zu sein“.

„Es gibt in Europa einen dummen, einen kriminellen Unterschied zwischen Migranten, auch denen, welche aus wirtschaftlichen Gründen kommen und Flüchtlingen. Es sind beides Menschen! Warum darf ein Syrer kein Ticket kaufen, um direkt nach Paris oder nach Rom zu fliegen? Warum muss er im Mittelmeer sterben? Das ist kriminell. Warum haben sie nicht das Recht zu kommen? Warum müssen sie einen Mafiaboss bezahlen, um zu kommen?“

Und sagte Orlando noch zum Abschluss: „Wenn ich irgendwann ins Gefängnis komme, weil ich einen illegalen Migranten bei mir zu Hause habe – weinen Sie nicht. Denken Sie daran: Niemand ist illegal!“ – Lang anhaltender Beifall.

Moderator Willi van Ooyen ergänzte noch, dass ihn Palermo selbst so begeistere, weil die Stadt Menschen eine Grabstätte anbiete, die durch die Todesstrafe getötet worden sind. „Jeder hat das Recht auf ein würdiges Begräbnis. Überdies werde jeder Flüchtling der tot in Palermo angeschwemmt ein Grab oder wenigstens eine Gedenktafel bekommen.“

Übrigens wird Palermo 2018 italienische Kulturhauptstadt sein.

Kompendium der Medienkritik – für eigene Medienkompetenz

von Jens Wernicke: *Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung.* Westend-Verlag 2017, 360 S., 18 Euro

Jens Wernicke stellt mit seinem Buch die heikle, aber direkte Frage: "Lügen die Medien?" Korrekt, aber etwas umständlicher hätte der Titel auch lauten können: "Warum sich die Frage 'Lügen die Medien?' nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten lässt".

Um differenzierte Antworten auf den von Rechtspopulisten in den Ring geworfenen Begriff "Lügenpresse" zu finden, bedarf es Analysen von unterschiedlichen Fachleuten: Medien-Wissenschaftler, Journalisten und andere Experten. Jens Wernicke hat über mehrere Jahre hinweg auf der medienkritisch führenden Website "Nachdenkseiten" in zahlreichen Interviews diese Thematik intensiv befragt.



Buchautor_innen / Interviewpartner: Jörg Becker, Volker Bräutigam, Klaus-Jürgen Bruder, Noam Chomsky, Daniela Dahn, Markus Fiedler, Daniele Ganser, David Goeßmann, Kurt Gritsch, Hektor Haarkötter, Gert Hautsch, Stephan Hebel, Uwe Krüger, Maren Müller, Rainer Mausfeld, Maren Müller, Walter van Rossum, Werner Rügemer, Sabine Schiffer, Erich Schmidt-Eenboom, Eckart Spoo, Ulrich Teusch, Michael Walter, Forschungsgruppe zu Propaganda in Schweizer Medien

Sein Buch ist eine Zusammenstellung von einigen bereits bekannten, aber größtenteils neuen Interviews derart, dass für die Leser systematisch ein Bild darüber entstehen kann, wie die öffentliche Meinung manipuliert wird und welche Kräfte dahinter stehen. Was man vereinfachend als journalistische "Schere im Kopf" bezeichnen könnte, bedarf einer sehr differenzierten Sichtweise der hier wirksam werdenden Mechanismen. Dazu gehören beispielsweise: die Rolle der Nachrichtenagenturen, PR-Industrie und Lobbyismus, exemplarische Kriegslügen, die Gewichtung oder Vernachlässigung bestimmter Themen, „Lügen mit Fakten“.

Wer verstehen möchte, inwieweit man den Medien (ver)trauen kann, kommt deshalb um dieses Buch nicht umhin. Die Einzelbeiträge sind eingearbeitet von Tabellen, Grafiken und Erläuterungstexten. Da diese auch unabhängig voneinander lesbar sind, kann das Buch auch als gezieltes Nachschlagewerk behandelt werden.

Das Buch ist damit ein umfassendes Kompendium der (deutschen) Medienlandschaft, d.h. den Akteuren und deren Methoden, sowie den hiervon ausgehenden Mechanismen der größtenteils eher subtilen Manipulation der öffentlichen Meinung. Dieses wird behandelt von den Ursprüngen der Propaganda (Edward Bernays / Josef Goebbels) bis hin zu aktuell im politischen Diskurs befindlichen Begriffen, wie "Lügenpresse", „Verschwörungstheorien“ und "Fake News".

Für eine Gesamtbewertung des Buches sollte auch der praktische Gebrauchswert im Sinne einer Förderung individueller Medienkompetenz beurteilt werden. Das soll heißen: die zu entwickelnde Fähigkeit, eigenständig politische Darstellungen in den Medien auf Wahrheitsgehalt, Verzerrungen, spekulative Aussagen, subtile Manipulationen, Unterschlagungen und evtl. eindeutige Lügen beurteilen zu können. Im letzten Teil des Buches stellt der Autor gegenüber der Medienwis-

senschaftlerin Sabine Schiffer die Frage: „Gibt es eine Art ‚Handwerkskiste der Medienkompetenz‘?“. Unabhängig von der an dieser Stelle kontextspezifischen Antwort kann man das Buch von Jens Wernicke durchaus als Handwerkskiste zur wesentlichen Verbesserung der eigenen Medienkompetenz bezeichnen. Deshalb ist dieses Buch unentbehrlich z.B. für all diejenigen, die bei alltäglichen Darstellungen zu Konfliktfeldern dieser Welt, wie z.B. den Syrien-Krieg, die Ukraine-Krise und Russland-Sanktionen oder die Zuspitzungen in Korea bisher mit einem Bauchgefühl die Berichte in der Mainstream-Tagespresse und den öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunk-Medien skeptisch gesehen haben. Es werden dort ja Nachrichten und Kommentare mit unterschiedlichem Wahrheitsgehalt verbreitet, deren sichere Beurteilung die meisten Mediennutzer überfordert.

Die praktische Frage für Mediennutzer ist deshalb, welche Autoren(beiträge) als vertrauenswürdig anzusehen ist. Ein erster Ansatz dazu ist dieses Buch, in dem 24 kompetente Autoren vertreten sind, deren Analysen sehr fundiert und differenziert sind. (Dazu gehören auch unterschiedliche Bewertungen wie zum Umgang mit dem Begriff Lügenpresse.) Nach der Lektüre dieses Buches sollte man ein Augenmerk haben auf fortlaufende, tagesaktuelle Analysen dieser Autoren, die häufig vertreten sind auf Internetseiten wie z.B. den Nachdenkseiten oder dem seit März 2017 online befindlichen Rubikon. Letzteres wurde von Jens Wernicke initiiert. Diese Homepage enthält auch eigene Rubriken mit Infos über die hier vertretenen Autoren sowie die Auflistung des wissenschaftlichen Beirates, der dieser Website beratend zur Seite steht. Das heißt, nicht nur die dort fortlaufend eingestellten Beiträge – in denen Medienkritik eine große Rolle spielt – sondern die sichere Beurteilung der jeweiligen Autoren stärken die eigene Medienkompetenz.

Karl-Heinz Peil



Neues Polizeigesetz in Baden-Württemberg – Militarisierung der Polizei und schwere Eingriffe in Grundrechte

von Alexander Kleiß, IMI

Ein weiterer Schritt hin zu einer militarierten Polizei und Innenpolitik wurde am 15. November 2017 vom baden-württembergischen Landtag vollzogen. Ministerpräsident Winfried Kretschmann hatte bereits im Januar 2017 verkündet, mit dem nun verabschiedeten neuen Polizeigesetz „an die Grenzen des verfassungsrechtlich Möglichen zu gehen“. Die Grenzen des Grundgesetzes werden durch das neue Gesetzespaket tatsächlich ausgereizt, wenn nicht gar überschritten. Das in den Medien immer wieder fälschlicherweise als „Anti-Terror-Gesetz“ bezeichnete Gesetzespaket enthält zahlreiche kritische Änderungen, bei denen zum Teil keinerlei Zusammenhang mit Terrorismus besteht. Die Bezeichnung „Überwachungs- und Polizeistaatsgesetz“ wäre zutreffender. So sind zahlreiche datenschutzrechtlich bedenkliche Neuerungen und eine weitere militärische Aufrüstung der Polizei vorgesehen.

Die Polizei und der Landesverfassungsschutz werden künftig Chats – auch auf (mehr oder weniger gut) verschlüsselten Messenger-Diensten wie WhatsApp, Telegram oder Signal – mitlesen können. Dies wird bereits beim Verdacht auf schwere Kriminalität und präventiv, also allein aufgrund des Verdachts, eine Person könnte in der Zukunft eventuell eine schwere Straftat begehen, möglich sein.

So können auch unbescholtene Bürger_innen, die noch nie eine Straftat begangen haben, allein aufgrund des Verdachts einer ermittelnden Behörde überwacht werden. Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns in der BRD, wie die Unschuldsvermutung oder das Fernmeldegeheimnis, werden somit einfach missachtet und über Bord geworfen.

Die Ausforschung von Chats soll nicht durch eine Brechung der Verschlüsselung der einzelnen Nachrichten erreicht werden, sondern durch sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwach-

ung (Quellen-TKÜ). Das heißt, dass die Nachrichten nicht unterwegs abgefangen und entschlüsselt werden, sondern durch den Einsatz eines „Staatstrojaners“, der den Betroffenen ohne ihr Wissen auf ihr Gerät gespielt wird, bereits auf dem Smartphone oder Computer selbst mitgelesen werden, sondern durch sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ). werden können.

Die fortschreitende Militarisierung der Polizei wird durch eine weitere Änderung vorangetrieben. Diese sieht vor, dass die Spezialeinsatzkommandos (SEK) der Polizei künftig unter bestimmten Umständen Explosivmittel gegen Personen einsetzen dürfen. Dies umfasst z.B. Handgranaten, Sprenggeschosse, die aus Schusswaffen verschossen werden können, und konventionelle Sprengmittel. Diese Waffen, die eigentlich eher an Kriegsszenarien erinnern als an Polizeiarbeit, dürfen jedoch „nur“ eingesetzt werden, wenn andere Waffen keinen Erfolg versprechen. Sie dürfen auch nicht gegen Menschenmengen eingesetzt werden.

Der Anwaltsverband Baden-Württemberg kritisierte diese Änderung im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses, da die Notwendigkeit eines polizeilichen Einsatzes von Explosivmitteln nicht gegeben sei. Die Landesregierung teilte die Bedenken jedoch nicht und sah keinen Grund, die Passage zu ändern oder zu streichen. Die polizeilichen SEKs agieren somit immer ähnlicher den militärischen Kommando-Soldat_innen.

Ohne dass dies nötig gewesen wäre, stimmte nach minimalen Nachbesserungen auch die oppositionelle SPD dem Gesetz zu. Das autoritäre Gesetzespaket wurde somit von einer besonders großen Koalition der Überwachenden (Grüne, CDU und SPD) im Ländle angenommen. Von den im Landtag vertretenen Parteien sprachen sich nur FDP und AfD gegen das Gesetz aus. Angesichts der zahlreichen Eingriffe in die Grundrechte und die Privatsphäre der Bürger_innen hätten die Medien die Aufgabe gehabt, über das Thema ausgiebig zu berichten und eine gesellschaftliche Debatte anzustoßen. Leider war die mediale Aufarbeitung – vielleicht auch mangels wirklicher Opposition im Landtag – sehr unkritisch und vielen Zeitungen nur eine Randnotiz wert.

Wirklich neu sind die meisten baden-württembergischen Änderungen am Polizeigesetz nicht. Vieles findet sich wortgleich für das Bundeskriminalamt im von der Großen Koalition in der vergangenen Legislaturperiode verabschiedeten BKA-Gesetz. Dieses Gesetz war auch genauso gedacht: Als Vorlage für entsprechende Gesetze auf Landesebene. Bayern hat z.B. die elektronische Fußfessel für Gefährder_innen bereits ebenfalls eingeführt. Baden-Württemberg hat nun eines der schärfsten Polizeigesetze überhaupt. Andere Bundesländer könnten folgen.

Die vollständige IMI-Analyse von Alexander Kleiß findet sich auf:

<http://www.imi-online.de/2017/12/14/neues-polizeigesetz-in-baden-wuerttemberg/>

Am 2.4. 2018 findet wie jedes Jahr der **Internationale Friedensweg** –diesmal in Bregenz– statt. Dazu laden ca. 80 Organisationen aus der Schweiz, aus Deutschland und aus Österreich ein.

Nachdem im Jahr 2017 mit fast 800 Teilnehmer/-innen in Friedrichshafen am Bodensee der Internationale Ostermarsch stattfand, wird 2018 am 2. April dieser in Bregenz stattfinden. Er ist wieder als Internationaler Friedensweg aus den Ländern rund um den Bodensee geplant. Er steht unter dem Motto-Geld. Macht. Krieg. Dialog. Macht. Frieden. Auf der Kundgebung wird Clemens Ronnefeldt vom Internationalen Versöhnungsbund sprechen.

Termine der Friedensbewegung 2018

Aktionen gegen die NATO-„Sicherheits“-Konferenz in München am 17. Februar 2018 unter dem Motto „Frieden statt Aufrüstung – Nein zum Krieg!“
Infos unter www.antisiko.de

Ostermärsche (Ostern: 1. und 2. April),
Infos unter: www.friedenskooperative.de

Veranstaltungen zum 1. Mai mit Einbindung der Kampagne „Abrüsten statt aufrüsten“
Infos unter www.abruesten.jetzt

Staffellauf „Frieden geht“ vom Pfingstmontag, den 21.5. bis Schlussaktion in Berlin am 2.6.
Infos unter: www.frieden-geht.de

Gegenaktionen zum „Tag der Bundeswehr“ am 9. Juni 2018, der an insgesamt 16 Standorten stattfindet.
Infos unter www.kein-tag-der-bundeswehr.de

Aktionen der Kampagne Stopp Ramstein (25.6. - 1.7.)
Infos unter www.ramstein-kampagne.eu

Gegenaktionen zum NATO-Gipfel in Brüssel am 11. und 12.7.2018
Infos unter www.no-to-nato.org

Kampagne „Atomwaffenfrei.jetzt“ mit 20-wöchiger Aktionspräsenz in Büchel vom 26. März bis 9. August – dezentrale Aktionen am Hiroshimatomag 6.8.
Infos unter: www.atomwaffenfrei.de und <https://buechel-atombombenfrei.jimdo.com/kalender/>

Antikriegstag am 1.9.

Demo in Kalkar am 3.10. und Friedenskundgebung in Essen gegen NATO-Konferenz

Clipart-Grafiken der Abrüstungskampagne



Rüstungsausgaben: für Tod, Zerstörung und existenzielle Unsicherheit, zum weltweiten Zugriff auf *fossile Energieträger*.
Erneuerbare Energien: für eine saubere und lebenswerte Umwelt, Klimaschutz und zur Vermeidung von Kriegen um *fossile Energieträger*.

Rüstungsprojekte

2014 beschlossen: Agenda Rüstung

Milliardenschwere Rüstungsprojekte werden meistens ohne Öffentlichkeit im Verteidigungsausschuss des Bundestages durchgewunken. Öffentliche Debatten gibt es aber hierzulande darüber, wie man Geld gegen die dramatisch anwachsende Wohnungsnot bereitstellen kann.

Als Bedarf für die bis 2030 geplanten Rüstungsprojekte sind mind. 130 Mrd. Euro vorgesehen.
(Quelle: www.bmvg.de)



Zum Beispiel sind geplant: 3,6 Mrd. Euro für Kriegsschiffe K 130 und zusätzliche Leopard-Kampfpanser



Eine Alternative wäre zum Beispiel: Erhöhung der Zuschüsse für den sozialen Wohnungsbau für zusätzliche 250.000 Sozialwohnungen im Jahr



Arbeitsplätze

Die gleichen Geldbeträge schaffen ...

Im sozialen Bereich herrscht angeblich ein großer Mangel an Fachkräften, wobei es in Wirklichkeit um gute Bezahlung für gute Arbeit geht. Insbesondere Kommunen und Leistungsträger im Gesundheitswesen haben dafür kein Geld. Die Bundeswehr hingegen hat nicht solche Probleme.



1 Arbeitsplatz für die Rüstung

2 Arbeitsplätze im Gesundheitswesen

3 Arbeitsplätze im Erziehungs- und Bildungswesen

Kriegseinsätze

Deutschland am Hindukusch verteidigen?

In Afghanistan blühen nach mehr als 15 Jahren Bundeswehrpräsenz nur die Mohmfelder. Ansonsten gibt es Millionen Binnenflüchtlinge und Fluchtbewegungen nach Europa. Mit einer Bruchteil der Gelder für Bundeswehr-Auslandseinsätze wäre Afghanistan heute ein Land mit Wohlstand für alle.



Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben laut BMVg seit 1992 knapp 21 Milliarden Euro gekostet



Notwendig wären in Deutschland: Sanierung von Schulgebäuden: Bedarf mindestens 30 Mrd. Euro



Elektrifizierung des Schienennetzes: Bedarf mindestens 20 Mrd. Euro

Die Abrüstungszeitung zur Verteilung bei Infoständen und Veranstaltungen kann über die Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. bestellt werden.